

Stadtverordnete Christiane Loizides, CDU:

Herr Vorsitzender,

meine Damen und Herren!

Es gibt Leute in unserer Gesellschaft, die sich nicht an die geltenden Gesetze halten. Das ist allgemein bekannt. Glauben denn die Kolleginnen und Kollegen von der LINKEN ernsthaft, dass es in diesem Haus Fraktionen gibt, die das gut finden oder die Handlungen, die Personen, die seitens der Deutschen Bank bereits herangezogen worden sind und die sanktioniert wurden, verteidigen wollen? Aber, dass es gerade die LINKE ist, die meint, sie müsste mit dem moralischen Zeigefinger auf ein Bankinstitut zeigen, dessen leitende Mitarbeiter - Herr Becker hat schon darauf hingewiesen - Fehlhandlungen begangen haben, ist doch verwunderlich. Auf der vermeintlich politisch anderen Seite zeigt sich nämlich, dass die LINKE bei Fehlhandlungen moralisch weniger beflissen ist. Ich denke daran, dass die LINKE beziehungsweise Herr Wilken durch die moralische Unterstützung von Personen, die kürzlich anlässlich der Großdemonstration am Tage der Öffnung der EZB eindeutig gegen das Gesetz verstoßen haben und auch großen Schaden angerichtet haben, von sich Reden gemacht haben.

(Beifall)

Mit dem Rechtsstaat haben Sie offenbar Probleme, wenn er nicht für Ihre ideologischen Grundpositionen benutzt werden kann.

(Beifall)

Die CDU-Fraktion lehnt es ab, ein Institut an den Pranger zu stellen, obwohl die Aufarbeitung von Fehlhandlungen Einzelner durch die dafür zuständigen Gerichte läuft und, soweit nachweisbar und vorwerfbar, sanktioniert wird. Wir wollen in dieser Stadt kein Klima der Abwertung von Unternehmen, deren Organe teilweise möglicherweise für Fehlhandlungen herangezogen werden können oder bereits herangezogen wurden und dafür ohne jeden Zweifel auch geradestehen müssen.

Herr Stadtkämmerer Becker hat bereits darauf hingewiesen, dass die Deutsche Bank in den vergangenen Jahren viel zum Wohl in unserer Stadt beigetragen hat. Das wurde von allen in diesem Hause gerne gesehen. In Wahrheit geht es Ihnen, Kolleginnen und Kollegen von der LINKEN., auch nicht um wirtschaftlich und sozial sinnvolle Handlungsmaximen der städtischen Finanz- und Fiskalpolitik. Sie wollen einfach nur Ihre Ideologie ausbreiten und potenzielle Anhänger mobilisieren, egal was das für einen Schaden anrichten kann. Es ist aber richtig, dass in Frankfurt die solide Aufstellung im Finanz- und Wirtschaftszweig nicht aus dem Bauch heraus und nicht mit dem moralischen Zeigefinger erfolgt, sondern unter Beachtung rechtsstaatlicher Vorgaben.

Vielen Dank!

(Beifall)